

Hoffnung auf Fördermittel besteht wieder

RAT Bescheid über „Soziale Stadt“ im Herbst – Grotelüschen setzt sich für Übergangslösung bei Kita ein

Noch fehlt der Bundeshaushalt. MdB Astrid Grotelüschen wirbt in Berlin für eine Ausnahmeregelung für den neuen Kindergarten.

VON ULRICH SUTTKA

AHLHORN/GROßENKNETEN – Im Juni 2017 hat die Gemeinde Großenkneten ihren Antrag für das Förderprogramm „Soziale Stadt“ für Ahlhorn abgeschickt. Es geht um ein Erneuerungskonzept für den 62,2 Hektar großen Bereich rund um die Wildeshauser

Straße. Das Volumen von 13,3 Millionen Euro soll auf zehn Jahre verteilt werden, je zum Drittel von Bund, Land und Kommune getragen.

An sich hatte die Gemeinden im Frühjahr mit einem (positiven) Bescheid aus Berlin gerechnet, doch kam die längste Regierungsbildung in der Geschichte der Bundesrepublik dazwischen und zumindest die Fördermittel für den Neubau des Kindergartens „Am Lemsen“ schienen in weite Ferne gerückt. Jetzt gibt es neue Hoffnung, dass die Kommune auch hier womöglich doch noch an Zuschüsse kommen könnte. Das

ist am Montagabend in der Ratssitzung angeklungen.

Das Problem bei dem Neubau: Warten kann die Gemeinde nicht mehr, denn der Bedarf an Kindergartenplätzen in Ahlhorn ist groß. So musste die Planung, die noch läuft, zwischenzeitlich schon von zwei auf jetzt drei Gruppen erhöht werden. Voraussichtlich mehr als zwei Millionen Euro wird der Bau jetzt kosten. Da käme ein insgesamt 66-prozentiger Zuschuss aus den Kassen von Bund und Land genau richtig.

Auf Nachfrage von Hartmut Giese (SPD) berichtete Erster Gemeinderat Klaus Bi-

galke im Rat, dass sich in der vergangenen Woche eine Kommission des niedersächsischen Umweltministeriums das komplette Gebiet für die „Soziale Stadt“ mit der Verwaltung angeschaut habe. Bigalkes Eindruck: Es gibt gute Chancen, in das Förderprogramm aufgenommen zu werden. Doch endgültige Entscheidungen sind erst im Herbst zu erwarten, da die Arbeiten am Bundeshaushalt 2018 erst jetzt beginnen werden.

Die Bundestagsabgeordnete Astrid Grotelüschen, Ahlhornerin und Mitglied im Rat, „ist schon die ganze Zeit an

diesem Thema dran“, wie sie am Dienstag der **nwz** bestätigte. Die CDU-Politikerin sieht alle Kriterien erfüllt, dass Ahlhorn in das Förderprogramm gehört. Zudem hält sie eine Übergangslösung für geboten, da der verspätete Bescheid durch die lange Regierungsbildung nicht zu Lasten der Kommunen gehen könne. Daher setzt sie sich in Berlin für einen vorläufigen Bescheid ein, der es der Gemeinde ermöglichen würde, in 2018 mit dem Kindergartenneubau zu beginnen und gleichwohl die Förderung zu erhalten. Dabei müsse auch das Land mitmachen, erläuterte sie.